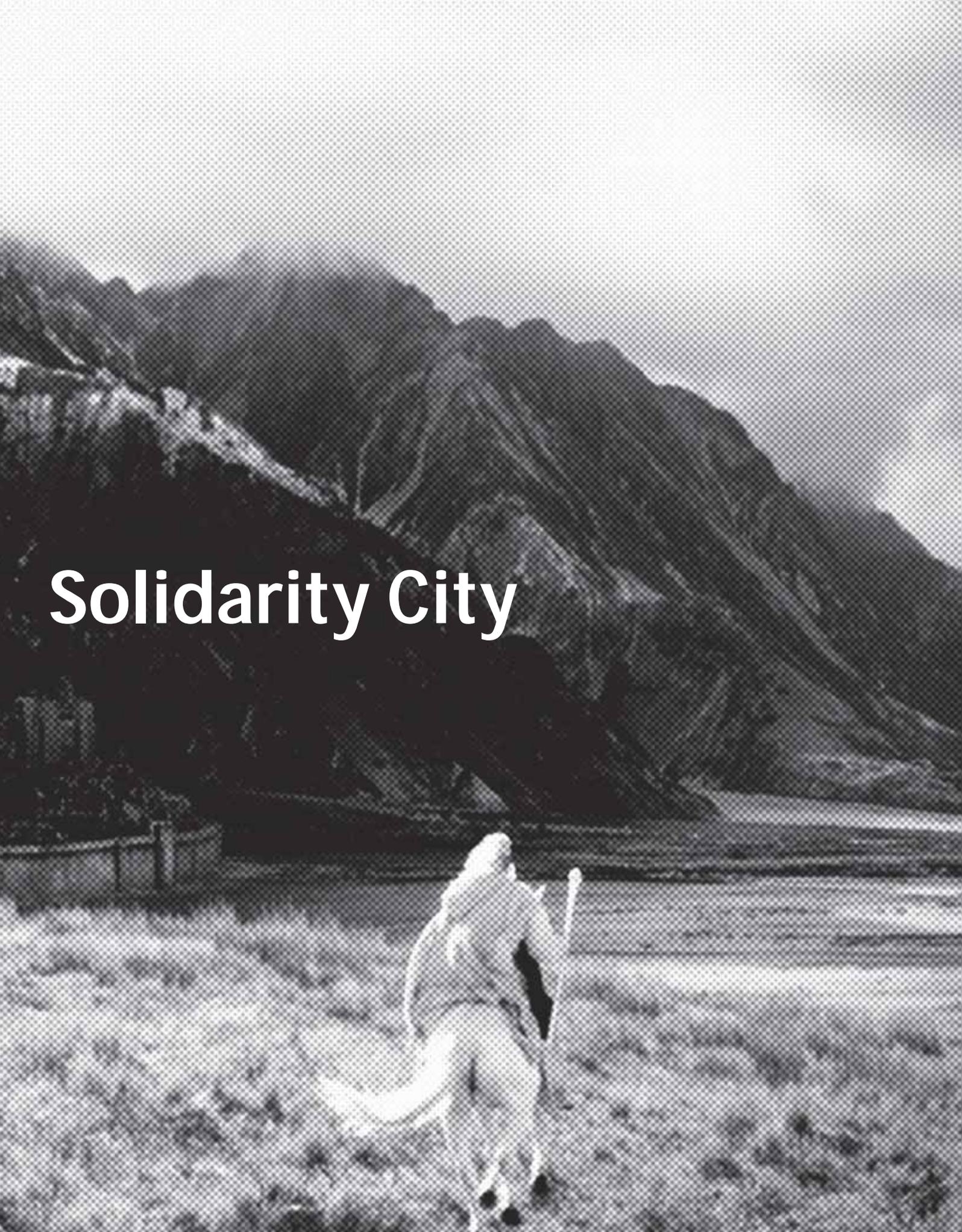


Solidarity City



Sanctuary Cities, Städte der Zuflucht, sind ein aus den USA stammendes Modell zum städtischen und kommunalen Schutz Geflohener vor nationalstaatlicher Repression, vor allem vor Abschiebungen. So setzen sich etwa die Regierung und Verwaltungen von Los Angeles und New York dafür ein, dass Daten von Menschen, die seit Jahren illegal in der Stadt leben und arbeiten, nicht an die nationale Abschiebe-Behörde weitergegeben werden, um sie so vor der Rückführung in ihr Herkunftsland zu bewahren. Sind Sanctuary Cities hierzulande denkbar? Welche Aktionen laufen bereits konkret, um eine solidarische Stadtgemeinschaft zu leben? Eine Reise nach Osnabrück, Augsburg, Freiburg und Hanau. Von Elena Stingl.

Anders als in den USA sieht das Rechtssystem der Bundesrepublik weniger Spielraum für Kommunen und Städte vor. Die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei zu verweigern, verstieße gegen Verfassungsrecht. Das Modell Sanctuary Cities als Schutzraum für Illegale ist also auf die Situation von Geflohenen, die sich ohne positiven Asylbescheid in der BRD aufhalten, nicht eins zu eins anwendbar.

Doch gibt es andere Möglichkeiten auf kommunaler Ebene solidarisch und aufnahmebereit zu handeln, sich also gegen die immer integrationsfeindlichere Haltung auf staatlicher Ebene zu stemmen. Niemand hält die Städte und Gemeinden davon ab, ihre kommunalen Ausländerbehörden aufzufordern, das Aufenthaltsrecht großzügig auszulegen. Die örtlichen

Die Juristin und Zufluchtsstädte-Spezialistin Helene Heuser verweist zudem auf §22 des Aufenthaltsrechts, demzufolge die Möglichkeit besteht, Geflüchteten „aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen“ direkt eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Inneren oder eine entsprechende Stelle die Aufnahme erteilt.

Von Idomeni nach Osnabrück

Von einer ähnlichen Ambition, die hinter dem Paragraphen Aufenthaltsrecht steht, ließ sich auch eine kleine ehrenamtliche Gruppe aus Osnabrück leiten. Sie wollten nicht tatenlos abwarten, während Menschen auf der Flucht lebensbedrohliche Land- und Seewege zurücklegen mussten oder in den gefängnis-

Kommunale Ausländerbehörden auffordern, das Aufenthaltsrecht großzügig auszulegen

Behörden entscheiden etwa über die Bleiberechtsregelung für Jugendliche und über Ausbildungsduldung. Auch in anderen Bereichen – unter anderem bei der Arbeits- und Ausbildungserlaubnis haben die Ausländerbehörden einen Ermessensspielraum. Zudem könnten die Kommunen ehrenamtliche Rechtsberatungen wie zum Beispiel die Refugee Law Clinics finanziell ausstatten und so den Zugang zum alles andere als leicht durchschaubaren Asyl- und Aufenthaltsrecht weiter öffnen. Tatsächlich sind es häufig Privatpersonen, die Geflohenen den Besuch von Anwaltskanzleien bezahlen, oder ehrenamtliche Initiativen und Anwält*innen, die kostenlose Rechtsberatung anbieten.

artigen Auffanglagern an den griechischen und italienischen Außengrenzen auf Dublin warteten. Die Osnabrücker*innen wollten eine kleine Gruppe Geflohener direkt zu sich holen. 2016 gründeten sie dafür die Initiative *50ausIdomeni*. Die Idee war, einen Weg zu finden, um fünfzig Menschen zu helfen, auf legalem Weg von Idomeni, Griechenland nach Osnabrück, Niedersachsen zu kommen. Dazu versuchten sie, vom europäischen Relocation-Programm Gebrauch zu machen.

Das Programm zur Umsiedelung von Geflohenen, die in Griechenland, Italien und Ungarn festsitzen, wurde 2015 von der EU verabschiedet mit dem Ziel, innerhalb von zwei Jahren 160.000 Menschen die Einreise

in andere EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Tatsächlich hat das Programm nach Angaben der Europäischen Kommission letztlich nur die Umsiedlung von knapp 20 Prozent der ursprünglich angesetzten Zahl erreichen können. Die Osnabrücker*innen waren unter den Unterzeichner*innen einer Petition, die zur Halbzeit des Programmes die Bundesregierung dazu aufrief, die Relocation effektiv umzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt, im Herbst 2016, waren erst wenige hundert Geflohene über das Programm in Deutschland angekommen. Auf der Homepage des Programmes lässt sich übrigens das müde Fazit nachlesen: Von den vereinbarten 27.485 Personen, die in Deutschland insgesamt aufgenommen werden sollten, kamen bis Ende 2017, als das Programm auslief, nur 9.324 an.

Der Relocation Beine machen

Die Osnabrücker*innen wollten selbst in die Hand nehmen, was der EU nicht gelang, und „dem Relocation-Programm Beine machen“. Die Ehrenamtlichen sammelten Unterschriften mehrerer tausend Menschen, trafen den niedersächsischen Innenminister und konnten im Juni 2016 einen Stadtratsbeschluss erwirken, der seine Unterstützung zusagte. Anschließend wurde mithilfe der Partnerorganisation Naomi in Thessaloniki Kontakt zu den Angehörigen von Osnabrücker Geflohenen aufgebaut, die in Griechenland zurückgeblieben waren. Der Osnabrücker Oberbürger-

Es lag was in der Luft

Aktivist*innen aus Osnabrück beteiligten sich auch an der im Laufe des vergangenen Jahres entstandenen Homepage *Solidarity City* und der Vernetzung von Kampagnen, von teils schon seit Jahren bestehenden Gruppen, in verschiedenen Städten. Drei Netzwerktreffen waren 2017 Schrittmacher zur Vernetzung. Während der Vorbereitungen dieser Treffen – unter anderem zum 20-jährigen Bestehen der in Kassel gegründeten *Kein-Mensch-ist-illegal*-Kampagne – „lag das Thema *Solidarity City* einfach in der Luft“, sagt Jürgen Elias aus Osnabrück (Name von der Redaktion geändert). Bei den Zusammenkünften berichteten die Akteur*innen davon, wie unabhängig voneinander in diversen europäischen Städten die Frage aufkam, ob angesichts der jüngsten Migrationsbewegungen die amerikanischen und kanadischen Sanctuary Cities auf Städte in der EU und der BRD übertragen werden könnten.

Die *Solidarity City*-Kampagne 2017 in Osnabrück entstand, so Elias, in Zusammenarbeit mit Aktivist*innen der Anti-Deportation-Gruppe *no lager* und Geflohenen aus einem Osnabrücker Unterkunft. Die Bewohner*innen der Unterkunft konnten sich erfolgreich ihrer Abschiebung widersetzen, indem sie die Arbeit der Polizei mit Trillerpfeifenkonzerten störten und Schlafplätze vertauschten, um so Verwirrung bei

Eine soziale Gemeinschaft, wie es Städte sind, funktioniert am besten, wenn alle ihr Leben wirklich gestalten können

meister Wolfgang Griesert (CDU) wandte sich schließlich in einem Schreiben an das European Asylum Support Office und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bat darum, die von *50ausIdomeni* gelisteten Personen zügig über das Relocation-Programm einreisen zu lassen. Zügig reagiert hat weder das Programm, noch die Bundesregierung. Der Antrag verschwand im Orbit der Ministerien. Auf eine Antwort warten die Osnabrücker*innen bis heute. Die Initiative sammelt seit dem Abbruch des Relocation-Programms Spendengelder, die sie über die Partnerorganisation in Thessaloniki den Angehörigen zukommen lassen, und versuchen, das Thema Flucht, Migration und Versagen der EU auf staatlicher Ebene weiterhin in der Öffentlichkeit zu halten.

der Zuordnung der Abzuschiebenden zu stiften. Dadurch gelang es, die Dublin-Abschiebungen in 200 Fällen zu verhindern. Die Betroffenen leben nach wie vor in Osnabrück und engagieren sich gemeinsam mit *no lager* und anderen Gruppen für die *Solidarity City*-Kampagne. Anders als *50ausIdomeni* begrenzt *Solidarity City* in Osnabrück bewusst die Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden und Institutionen. „Für uns stehen die Selbstorganisation und Graswurzelinitiativen im Vordergrund“, erklärt Jürgen Elias. „Als Anhängsel der Stadt wird man auf antirassistischen Tagungen ausgestellt und alles ist schön bunt. Viel Blabla und Sprechblasen. Und hintenrum laufen die Abschiebungen weiter.“

Im kommenden Mai ist zusammen mit *Kritnet* und *We'llcome United* ein überregionales Netzwerktreffen geplant, bei dem sich die unterschiedlichen Gruppentreffen, die unter dem Stichwort *Solidarity City* und *Stadt für alle* kommunale Lösungen für ein solidarisches Zusammenleben entwickeln und deren Webpräsenz auf der Homepage gebündelt wird.

Erste Augsburger Sicherheitskonferenz

Weitere Städte, in denen sich Initiativen dem Netzwerk anschlossen, sind unter anderem Freiburg, Hanau, Göttingen, Berlin und Augsburg. In Augsburg soll vom 29. Juni bis 1. Juli 2018 die *Erste Augsburger Sicherheitskonferenz* stattfinden. An diesem Wochenende werden „neue solidarische Antworten auf alte und neue Sicherheitsfragen“ gesucht und es geht, so Anja und Stefan von *Solidarische Stadt Augsburg* „um die multiperspektivische Betrachtung des Themas Sicherheit. Wir versuchen, bereits existierende städtische Expertise zusammentragen.“ Infrage steht dabei unter anderem, auf wessen Kosten ‚unsere‘ Sicherheit à la Heimatminister eigentlich geht: Dienen die Grenzzäune um Europa der Sicherheit aller? Trifft es zu, dass die Anwesenheit von mehr Polizist*innen die Sicherheit verbessert? Die Veranstalter*innen sagen: „Wir wollen nachts ohne Angst durch dunkle Gassen gehen, selbst wenn wir betrunken sind und auch dann, wenn wir nicht männlich, weiß und heterosexuell sind. Wir wollen ohne Belästigungen und

Rasthaus statt Rathaus

Am Anfang des Freiburger Zusammenschlusses ehrenamtlicher Initiativen und engagierter Einzelpersonen zu einer *Solidarity City* stand eine grundsätzliche Erkenntnis: Die Illegalisierung von Menschen ist keine Lösung, sondern sorgt nur für Probleme. Die Lebensqualität in einer Stadt wird von der Entscheidung ermöglicht, alle Stadtbewohner*innen gleich zu behandeln, ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus. Eine soziale Gemeinschaft, wie es Städte sind, funktioniert am besten, wenn alle, die darin leben, dort auch ihr Leben wirklich gestalten können. In der *Solidarity City*-Kampagne des *Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung* heißt es: „Wir akzeptieren nicht, dass [wohnen, sich versorgen, arbeiten und sich vernetzen können] nur für Menschen mit dem 'richtigen Pass' und dem nötigen Kapital erfüllbar sein soll.“ Die Devise lautet: „don't ask, don't tell“. Basis des *Solidarity City*-Prinzips ist es, „den Aufenthaltsstatus aktiv zu ignorieren“.

Seit den 1990er Jahren gibt es in Freiburg das unabhängige antirassistische Projekt *rasthaus*. Im *rasthaus* bieten verschiedene Gruppen Rechtsberatungen in Bleiberechtsfragen an, geben kostenlose Deutschkurse, vermitteln und bieten medizinische Versorgung, machen antirassistische Öffentlichkeitsarbeit und organisieren Aktionen des zivilen Ungehorsams. Im Rahmen der *Kein Mensch ist Illegal*-Kam-

Osnabrück, Augsburg, Freiburg und Hanau: Die Liste lässt sich fortsetzen

Beleidigungen durch den Alltag kommen, selbst wenn unsere Haut schwarz ist oder wir im Rollstuhl sitzen. [...] Es sind unsere Städte, es sind unsere Handlungs- und Bewegungsfreiheiten, die verriegelt, abgeriegelt und kontrolliert werden.“ Die Brecht-Stadt bietet bereits mehrere Enklaven, in denen der Alltag einer solidarischen Stadtgemeinschaft gelebt wird, etwa im *Grandhotel Cosmopolis*, halb Hotel, halb Unterkunft für Geflohene, oder der Verein *Tür an Tür* mit gleichnamigem Café, wo Migrant*innen unter anderem für ihren Berufseinstieg Unterstützung finden.

pagne bat die *rasthaus*-Community bei der Stadt darum, ihr ein Gebäude abkaufen zu dürfen. Darin sollten Illegalisierte diese Angebote wahrnehmen können. Ein Schutzraum wäre zudem gewährleistet, in dem nicht dauernd die Polizei aufschlagen würde. Der Kauf wurde ihnen – je nach politischer Stimmung – vom damaligen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt, Dieter Salomon (B90/Grüne) mal zugesichert, mal ausgeschlagen. Ins Amt gewählt, bekam der OB kalte Füße und legte die Gespräche auf Eis. In der Folge lehnte der Freiburger Gemeinderat den Antrag von *rasthaus* ab. Davon ließen sich die Aktiven nicht entmutigen. Sie arbeiten seither im *minirasthaus* auf dem Freiburger Grethergelände. Auf dem ehemaligen

Fabrikgelände entstand Anfang der 1990er ein Projekt des Mietshäuser Syndikats für günstigen, innenstadtnahen Wohnraum. Das *minirasthaus* nutzt dort fünf Räume, die gleichzeitig als Büro, für Beratung und Unterricht, für Plena und für Veranstaltungen genutzt werden.

Solidarity im Schwarzwald

Im vergangenen Jahr schlossen sich die Aktiven aus der Schwarzwaldmetropole schließlich zum *Solidarity City*-Bündnis zusammen. Hier vernetzen sich Ehrenamtliche, Aktivist*innen und Menschen, die beruflich mit Geflüchteten zu tun haben, um sich auszutauschen, um mit Institutionen und städtischen Einrichtungen in Kontakt zu treten und um das Projekt *Solidarity City* politisch voranzutreiben. Eine dieser Gruppen ist *medinetz*, eine im *rasthaus* aktive Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, Migrant*innen und Geflohenen, insbesondere Menschen ohne Papiere, eine niedrigschwellige und kostenlose medizinische Unterstützung zu verschaffen. Sie vermitteln Geflohene an solidarische Arztpraxen, haben Zugriff auf einen Gesundheitsfonds des Roten Kreuzes, wenn es um kostspieligere Eingriffe geht, und treten in Kontakt mit anderen wichtigen Akteur*innen im Gesundheitsbereich. *Solidarity City* unterstützt *medinetz* dabei, von der Stadt mehr Verantwortung bei der Versorgung von Illegalisierten und Menschen ohne Papiere einzufordern und so perspektivisch etwa den anonymisierten Krankenschein oder sogar eine aufenthaltsstatusunabhängige Gesundheitskarte anzustreben. Catherine LeRoy (Name von der Redaktion geändert) von *rasthaus* sagt im Gespräch mit *Hinterland* über die Handlungsspielräume im städtischen Bereich, für die *Solidarity City* sich einsetzt: „Ein Arzt muss nicht die Polizei anrufen und Illegalisierte melden, um sie zu behandeln. Das sind die Spielräume, die wir haben und die wir zu nutzen versuchen.“

In Hanau ist ziviler Ungehorsam geboten

Eine kleine Gruppe engagierter Menschen in Hanau gründete im Mai vergangenen Jahres, als die Bundesregierung abgelehnte Asylsuchende per Chartermaschine von Frankfurt und München nach Kabul in Afghanistan flog, das sogenannte Bürgerasyl. Die Unterzeichner*innen des Aufrufes erklärten öffentlich, den von Abschiebungen bedrohten Geflüchteten aus Afghanistan Bürgerasyl zu gewähren, „wir werden Platz machen in unseren Wohnungen und notfalls die Menschen verstecken, die in Krieg und Verfolgung zurück geschickt werden sollen.“ Die Beteiligten

nehmen in Kauf, dass ein Bürgerasyl gegen Abschiebung nicht ‚legal‘ ist, „[a]ber wir halten es für legitim und für notwendig. Wenn Appelle und Demonstrationen nicht ausreichen, ist ziviler Ungehorsam und Mut im Namen der Menschlichkeit geboten“. Auf der Homepage des Aufrufes zum Bürgerasyl informieren die Beteiligten ausführlich über den Verlauf von Asylverfahren, die Gefahren einer Abschiebung und die Lage in Afghanistan.

Die Liste aktiver Stadtbewohner*innen ließe sich fortsetzen: die Berliner *Solidarity City* erreichte zuletzt den Anonymen Krankenschein, in Hamburg fordert die *Hamburg hat Platz!*-Kampagne von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), 1000 Geflüchtete in der Stadt aufzunehmen, die Münchner Sozialgenossenschaft *Bellevue di Monaco* hat von der Stadt drei Gebäude in Erbpacht übernommen, um dort junge erwachsene Geflüchtete und Familien unterzubringen und ein Willkommens und Begegnungszentrum mit Infocafé zu betreiben. All diese Kampagnen, Initiativen, Aktionen eint, dass sie keine Geduld für das Agieren der Bundesregierung haben, dass sie dem Narrativ der ‚Flüchtlings‘krise‘ nicht aufsitzen, sondern konkrete, schnelle und sinnvolle Lösungen für das Zusammenleben der Menschen in ihrem direkten Umfeld, ihrer Stadt oder Region finden.<

Elena Stingl
promoviert in Berlin
zu französischer
Faschismuskritik.